



Interviews

Datum: 4. Dezember 2023

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, CSU, im Gespräch mit Dirk Müller

Dirk Müller: Die deutschen Sicherheitsbehörden sind bereits seit Wochen wieder besonders wachsam. Es verdichten sich die Anzeichen auf mögliche Anschläge auf die Weihnachtsmärkte, die in diesem Dezember von Millionen wieder besucht werden. Drei Festnahmen hat es bereits gegeben. Verdächtige, die besonders jung sind – 15, 16, 20 Jahre alt – in Nordrhein-Westfalen, in Brandenburg und auch in Niedersachsen. Der Weihnachtsmarkt in Göppingen ist an diesem Wochenende geräumt worden wegen einer Terrordrohung. Und dann diese Nachricht aus Paris. Ein mutmaßlicher Islamist ersticht einen deutschen Touristen. Wenige Wochen zuvor das tödliche Attentat auf zwei schwedische Fußballfans in Brüssel, wie auch der Mord an einem Lehrer in Frankreich. Ist der Terror zurück in Europa, zurück in Deutschland? Am Telefon ist nun Joachim Herrmann, Innenminister von Bayern, CSU, guten Morgen.

Joachim Herrmann: Grüß Gott.

Müller: Herr Herrmann, ist die Gefahr immer dagewesen?

Herrmann: Die Gefahr ist sicherlich nie völlig weggewesen, denn wir wissen, dass es radikale Islamisten gibt – weltweit und auch bei uns in Europa.

Müller: Und in Deutschland?

Herrmann: In Deutschland auch. Das haben wir ja leider über die Jahre immer wieder auch schrecklich erleben müssen. Und diese Gefahr hat sich nicht in Luft aufgelöst. Durch die extreme Emotionalisierung auch jetzt durch den Überfall der Hamas auf Israel, den Krieg im Gazastreifen ist natürlich die Gefahr, dass sich jetzt wieder gerade auch Einzeltäter bemüßigt fühlen, einen persönlichen Beitrag zu ihrem Krieg zu leisten, größer geworden.

Müller: Man kann das häufig lesen jetzt in den Medien, in den Tageszeitungen, unter anderem auch im Internet. Der Trigger-Effekt ‚Nahost und der Krieg im Nahen Osten‘. Sie haben das gerade angesprochen, Herr Herrmann. Ist das wirklich so, dass ein solcher Krieg dann dazu führt, dass viele sich jetzt in irgendeiner Form wieder motiviert fühlen, dieses Risiko einzugehen und als Attentäter in irgendeiner Form dann aktiv zu werden?

Herrmann: Wir haben in den letzten Wochen erlebt eine Vielzahl von pro-palästinensischen Demonstrationen quer durch Deutschland mit einem großen Schwerpunkt natürlich in Berlin. Wir haben festgestellt, dass im Zuge dieser ansonsten überwiegend friedlichen Demonstrationen es aber auch zu Gewaltandrohungen, zu Hass und Hetze gegenüber jüdischen Mitbürgern, aber auch gegenüber unserer Gesellschaft insgesamt kam. Und da kann es rein kriminalpsychologisch nicht überraschen, wenn es neben diesem Hass und Hetze dann wirklich den einen oder anderen auch geben kann, der jetzt zur Tat schreitet und Anschläge verüben könnte. Wir haben in Bayern bislang keine konkreten derartigen Hinweise, aber Sie haben die schrecklichen Feststellungen aus anderen Bundesländern in den letzten Tagen genannt. Und mit diesem Risiko müssen wir auf jeden Fall im Moment rechnen.

Müller: Wie nah sind die Sicherheitsbehörden an diesen islamistischen Netzwerken dran? Ist das überhaupt möglich, das zu überwachen, die Vorgänge dort effektiv zu überprüfen?

Herrmann: Insgesamt haben unsere Sicherheitsbehörden – das gilt für die Polizei, das gilt für den Verfassungsschutz – schon ein sehr starkes Augenmerk auf die islamistischen Täter, auf solche, die als solche erkannt worden sind. Aber wir haben natürlich nie eine Garantie, dass wir wirklich schon jeden oder jede rechtzeitig in den Blick genommen haben. Es kann immer auch noch Leute geben, die unentdeckt sind. Es kann Leute geben, die hier auch neu ins Land einreisen. Und wir haben insgesamt ohnehin eine Situation, dass zu viele im Moment auch unkontrolliert in unser Land kommen können. Das ist insgesamt auch ein Problem der mangelnden Grenzkontrollen von EU-Außengrenzstaaten. Das verschärft die Sicherheitslage zweifellos noch.

Müller: Also, das ist für Sie ganz klar, sagen Sie heute Morgen im Deutschlandfunk, Migration erhöht das Sicherheitsrisiko in Deutschland?

Herrmann: Die Migration allein nicht, sondern die Tatsache, dass entgegen dem, was in den europäischen Verträgen steht, an den Außengrenzen der EU nicht konsequent kontrolliert wird. Da ist eigentlich klar festgelegt, dass jeder, der das EU-Territorium betritt, entweder EU-Bürger nachweisen muss oder ein Visum hat oder er stellt an der Außengrenze einen Antrag auf Asyl. Und dann muss er dort entsprechend erst einmal erfasst werden. Und das geschieht leider nicht. Aber im Moment haben wir hier vorrangig natürlich mit denen zu tun, die schon länger im Land leben. Wir erleben das ja auch bei dem von Ihnen angesprochenen schrecklichen Mord in Paris an einem deutschen Touristen, dass es sich offensichtlich dort um jemanden gehandelt hat, der schon eine Weile den französischen Behörden bekannt war als ein gefährlicher Mensch. Dem wird man dort auch näher noch mal nachgehen müssen, wie man solche Dinge verhindern kann.

Müller: Das ist ja häufiger so, Herr Herrmann, dass viele Täter schon vorbelastet sind, dass sie bekannt sind. Und trotzdem können die Sicherheitsbehörden offenbar da nicht viel ausrichten. Wird dieses Risiko immer bleiben?

Herrmann: Dieses Risiko wird bleiben. Wir müssen aber in der Tat sehen, dort, wo jemand als gefährlich erkannt wird, wenn konkrete Feststellungen gemacht werden können, müssen wir dort, wenn es sich um Ausländer handelt, wirklich alles dafür tun, sie außer Landes zu bringen, sie aus unserem Land auszuweisen. Und ansonsten natürlich Menschen mit erheblichem Gefährdungspotenzial auch konsequent beobachten oder auch hinter Gittern bringen. Klar ist, eine hundertprozentige Sicherheit werden wir auch in dem Bereich nicht garantieren können. Aber wir müssen insgesamt natürlich schon auch hinsichtlich des weiteren Zugangs von Menschen aus dem Nahen Osten schon auch diese Gefährdungen stärker mit in den Blick nehmen und wir müssen feststellen, dass offensichtlich eben doch eine ganze Reihe von Menschen auch nach Jahren nicht wirklich in unsere Gesellschaft, in unser freiheitliches Wertesystem gut integriert sind. Und daraus müssen wir für die Zukunft auch Konsequenzen ziehen.

Müller: Reden wir noch mal über das Methodische, Logistische, Herr Herrmann. Sie sagen, diese vermeintlichen Gefahrenpotenziale, diese Schläfer auch, die Täter oder potenziellen Täter müssen beobachtet werden. Das ist sehr personalintensiv. Haben Sie das?

Herrmann: Das ist sehr personalintensiv und deshalb müssen die Sicherheitsbehörden natürlich auch immer abstufen, wen sie für besonders gefährlich halten, wen man für weniger gefährlich hält. Dabei können natürlich auch mal Fehler geschehen. Aber im Großen und Ganzen muss man sehen, gerade ... es sind ja die von Ihnen genannten Beispiele aus zum Beispiel Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen, die Beispiele auch dafür, dass dort jeweils die Sicherheitsbehörden rechtzeitig auf entsprechende potenzielle Täter aufmerksam wurden, dass man sie rechtzeitig jetzt festgenommen hat. Und das ist schon ein Beleg dafür, dass die deutschen Sicherheitsbehörden in den letzten Jahren immer besser geworden sind, auch in dem rechtzeitigen Erkennen und in dem auch Unterbinden etwaiger Anschläge.

Müller: Dann sind wir bei den Weihnachtsmärkten angekommen. Bayern hat sehr, sehr viele Weihnachtsmärkte – Regensburg, München, Nürnberg, Ingolstadt, Rothenburg ob der Tauber, Lindau, Augsburg, nur, um ein paar Beispiele zu nennen. Wie sichern Sie diese ab?

Herrmann: Wir haben über die Jahre hinweg entwickelte Sicherheitskonzepte. Wir haben generell, genauso wie im Herbst für das Oktoberfest, für all diese Veranstaltungen natürlich individuelle Sicherheitskonzepte mit entsprechenden Absperrungen mit Polizeipräsenz, zum Teil mit Taschenkontrollen und Ähnlichem mehr. Und das wird jetzt vor Ort umgesetzt oder auch noch weiter verstärkt. Wir haben die Polizeipräsenz zum Teil noch weiter verstärkt. Aber klar ist, wir wollen, dass diese Weihnachtsmärkte stattfinden. Wir wollen, dass die Menschen jetzt auch das vorweihnachtliche Treiben entsprechend genießen können. Und ich werde auf jeden Fall selbst auch weiter diese Weihnachtsmärkte besuchen.

Müller: Und Sie sagen, das gilt für alle Weihnachtsmärkte, so gut wie für alle Weihnachtsmärkte, was Sie jetzt gesagt haben, dass sie überwacht und bewacht werden?

Herrmann: Es gibt auch neben den Großen, die Sie genannt haben, natürlich auch in vielen kleinen Orten kleine Weihnachtsmärkte. Und da würde ich jetzt da Risiko, dass in einem kleinen Ort ein kleiner Adventsmarkt entsprechend Gegenstand eines islamistischen Anschlages wird, auch nicht für besonders groß halten.

Müller: Bei der Beobachtung von Islamisten, von potenziellen Tätern brauchen die Sicherheitsbehörden Instrumente, Möglichkeiten, das zu überwachen. Haben Sie genügend Mittel in der Hand, um diese komplexen Zusammenhänge, die sich da im Netz auf tun, die sich im Netz entwickeln, zu beobachten und zu verfolgen?

Herrmann: Ich glaube, dass wir jedenfalls deutlich besser geworden sind, sowohl in der technischen Ausstattung wie in den Befugnissen. Wir haben in der Regel in der Tat, wenn es konkrete Anlässe gibt, auch die Möglichkeit, entsprechende Überwachungsmaßnahmen entweder beim Gericht oder für den Verfassungsschutz bei den sogenannten G 10-Kommissionen zu beantragen. Und nach meiner Beobachtung wird, wenn es konkrete Hinweise auf wirklich gefährliche Leute gibt, dann den entsprechenden Überwachungsmaßnahmen auch entsprochen. Das heißt, sie werden auch genehmigt.

Müller: Wir haben darüber am Samstag mit Herbert Reul gesprochen, Innenminister von Nordrhein-Westfalen, der da gesagt hat, wir haben zu wenig Zugriffsmöglichkeiten, beispielsweise auf IP-Adressen im Internet, um die dann auch dementsprechend weitergeben zu können auch an andere Behörden. Ist das auch bei Ihnen ein Problem?

Herrmann: Das ist das Problem, dass die zu wenig gespeichert werden. Das ist das Problem, dass häufig, wenn man auf etwas aufmerksam wird, das schon wieder im Internet verschwunden ist und man dem deswegen nicht entsprechend nachgehen kann. Das ist das Problem, dass hier die Bundesregierung leider nicht handelt. Wir haben hinsichtlich der IP-Adressen klare Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes, dass das mit der geltenden Rechtslage auch auf europäischer Ebene vereinbar wäre. Die Innenminister Deutschlands sind sich einig, dass das notwendig und richtig ist. Die Bundesinnenministerin, alle Länderinnenminister. Leider wird das von Grünen und leider auch von Teilen der FDP immer noch blockiert. Hier ist in der Tat konkreter Handlungsbedarf, eine Speicherung der IP-Adressen zu ermöglichen,

anzuordnen vonseiten der Bundesrepublik Deutschland. Dann hätten wir in solchen Fällen auch einen besseren Zugriff auf die IP-Adressen, wenn ein entsprechender Dialog von gefährlichen Leuten stattgefunden hat.

Müller: Heute Morgen bei uns im Deutschlandfunk, Joachim Herrmann, Innenminister von Bayern. Danke für Ihre Zeit und Ihnen noch einen guten Tag.

Herrmann: Ich wünsche Ihnen auch einen guten Tag und eine friedliche Adventszeit.

Müller: Wünsche ich Ihnen auch, auf Wiederhören.